

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 12

Artikel: "Europäische Union" : wie und wann?
Autor: Scheuer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338576>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Europäische Union» – wie und wann ?

Wie erwartet, brachten die Beratungen und Beschlüsse der ersten Gipfelkonferenz der erweiterten EWG in Paris im Oktober 1972 nur sehr bescheidene Schritte zu wirklicher europäischer Verständigung und Einigung.

Im Mittelpunkt der Überlegungen steht jetzt der Schlusssatz des umfangreichen Communiqués dieser EWG-Gipfelkonferenz: Vorbereitung einer «Europäischen Union noch in diesem Jahrzehnt», also bis 1979/80. Allerdings fehlen nähere Angaben über Inhalt und Form dieser geplanten Union, und auch Staatspräsident Georges Pompidou gab in seiner «Nach-Mitternachts-Erläuterung» im Hotel «Majestic» zu verstehen, dass die neue Formel «absichtlich nicht präzisiert» worden sei. Verschiedenen Mutmassungen sind somit Tür und Tor geöffnet.

Das Wort «Union» ist im französischen Sprachgebrauch vieldeutig, weist aber in die Richtung eines politisch-staatlichen Zusammenschlusses. Das offiziell massgebende Larousse-Lexikon bezeichnet «Union» als «Zusammenschluss von verschiedenen Dingen, so dass diese nur noch ein Ganzes bilden». Ein Beispiel ist die nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem französischen Empire hervorgegangene «Union Française» (1946 bis 1958), in der sich mit der Metropole nur noch Algerien und einige Überseegebiete befanden. Auf sie folgte der mehr lockere Bund der «Communauté» (= Gemeinschaft), in der Frankreich mit den noch verbleibenden Überseegebieten zusammengefasst ist. «Communauté» ist auch die französische Bezeichnung für die EWG. Demnach wäre also «Union» ein engerer und festerer staatlich-politischer Zusammenschluss als «Communauté». Der Grund für den Mangel an Präzision liegt in den noch nicht ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten *zwischen* den EWG-Partnern, aber auch *in* den einzelnen Mitgliedsstaaten.

Man konnte sich in Paris nicht einmal auf wirkliche Stärkung der bereits bestehenden politischen Strukturen einigen. Mit den Holländern, die besonders eindringlich auf die Festsetzung eines Datums für die direkte Volkswahl des EWG-Parlaments drängten – diese Prozedur ist im Vertrag von Rom längst vorgesehen –, sind auch die meisten anderen EWG-Partner der Meinung, dass die verstärkten Befugnisse der EWG-Versammlung eine konkrete Voraussetzung und Grundlage für echte, wirksame und anerkannte übernationale Strukturen in Westeuropa wären. Eben deshalb stemmen sich die nationalistischen Kreise schon gegen kleine Schritte zu allgemeinem und direktem Wahlrecht für die EWG-Versammlung.

Die Grundlagen der EWG wurden zu einer Zeit gelegt, in der die internationale Lage noch vom Gegeneinander der beiden Supermächte USA und SU beherrscht war. Das Weltbild hat sich seither völlig gewandelt und

ändert sich weiter. Bezeichnend ist, dass zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gerade im Augenblick der Pariser EWG-Konferenz der bisher grösste Handelsvertrag abgeschlossen wurde, mit welchem der amerikanisch-sowjetische Warenaustausch von jetzt 200 Millionen auf 2 Milliarden Dollar jährlich verzehnfacht werden soll. Dies ist ein bedeutsames Ereignis auf dem Weltmarkt.

Dennoch gehen die neun EWG-Partner auf dem Weg zu grösserer Einheit sehr behutsam vor. Zunächst sind es nur unmittelbare wirtschaftliche und finanzielle Notwendigkeiten, die zu kleinen und mittelgrossen praktischen Schritten führen. Auf dieser Linie liegen schüchterne Beschlüsse zur gemeinsamen Bekämpfung der Inflation und die Schaffung eines EWG-Währungsfonds als Keimform einer europäischen Zentralbank sowie die Verwirklichung einer «echten» Wirtschafts- und Währungsunion ab 1974. Ebenso beginnt man auch auf sozialpolitischem Gebiet gemeinsame Wege zu beschreiten, hauptsächlich auf Vorschlag des sozialdemokratischen Bonner Bundeskanzlers Willy Brandt.

Allseits konstatiert man aber jetzt, dass wirtschaftliche und finanzielle Verbesserungen nicht von Dauer sein können, wenn sie nicht in absehbarer Zeit durch wirksame politische Strukturen untermauert werden. Auf dieser Linie liegt nun die neue Formel einer «Europäischen Union»; erstrebt wird etwas mehr als ein blosser Staatenbund, aber kein völliger Zusammenschluss. Europa soll nicht mehr «vielstimmig», sondern mit «einer» Stimme sprechen. Dass man sich auch im Elysée zu dieser Perspektive durchgerungen hat, ist immerhin bemerkenswert. Von de Gaulle wurden solche Ideen abgelehnt oder als fernste Zukunftsmusik hingestellt. Vorläufig handelt es sich aber nur um Lippenbekenntnisse. Die Tatsachen beweisen, dass die heute massgebenden Männer Westeuropas in konservativen und nationalistischen Vorurteilen befangen bleiben.